

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

27. Oktober 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 21.10.14 starben bei einem Anschlag der Taliban auf einen Militärbus in Kabul mindestens vier afghanische Soldaten. Etwa ein Dutzend Menschen, darunter Zivilisten, wurden verletzt. Im Distrikt Marja der südafghanischen Provinz Helmand kamen bei einem Angriff auf einen Kontrollposten drei Polizisten um. In der westafghanischen Provinz Ghor vertrieben regierungsfreundliche Milizen die Taliban aus dem Distrikt Charsadda. In den Distrikten Panjwai und Maiwand der südlichen Provinz Kandahar wurden bei Militäroperationen mindestens 38 Aufständische getötet.

Am 22.10.14 überlebte der Chef der Grenzpolizei der südlichen Provinz Helmand einen Selbstmordanschlag in der Provinzhauptstadt Lashkargah. In der nordöstlichen Provinz Kunduz (Distrikt Imam Sahib) kam es zu schweren Kämpfen zwischen Aufständischen und afghanischen Sicherheitskräften mit jeweils sechs Toten auf beiden Seiten. In der nordostafghanischen Provinz Badakhshan (im Distrikt Drayam) wurden bei einer Militäroperation mindestens zehn Aufständische getötet.

Am 23.10.14 verbrannten drei Kinder in einem Haus in der Stadt Greshk (Provinz Helmand). Das Feuer war bei Kämpfen zwischen der Polizei und Taliban ausgebrochen.

Am 24.10.14 starben im Distrikt Khogyani der ostafghanischen Provinz Nangarhar mindestens fünf Zivilisten, als Taliban das Feuer auf ihr Fahrzeug eröffneten. In der zentralafghanischen Provinz Kapisa wurden bei mehreren Vorfällen zwei Polizisten getötet und drei verwundet. In der westafghanischen Provinz Farah wurde ein Geheimdienstoffizier ermordet.

Am 25.10.14 erklärten lokale Politiker, dass die Distrikte Dasht-I-Archi und Imam Sahib der nordöstlichen Provinz Kunduz an die Taliban fallen könnten. In dem Gebiet steht eine Säuberungsaktion der afghanischen Armee bevor. Im südlichen Kandahar wurden bei zwei Vorfällen zwei Wachleute getötet. In der westlichen Provinz Farah wurden die Leichen von zwei tags zuvor entführten Lokalpolizisten gefunden. Bei weiteren Zusammenstößen in der Provinz wurden mindestens 25 Sicherheitskräfte und Aufständische getötet.

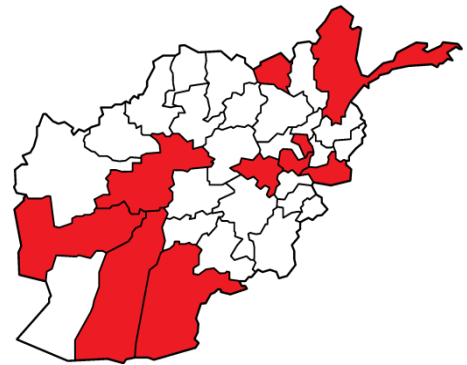
Am 26.10.14 wurde in der zentralafghanischen Provinz Maidan Wardak ein Mitarbeiter der Afghanistan National Disaster Management Authority (ANDMA) bei einer Bombenexplosion getötet. Im südlichen Kandahar starben vier Zivilisten bei zwei Bombenanschlägen. In Kabul schlugen mindestens zwei Raketen ein, Berichte über mögliche Opfer liegen noch nicht vor.

Ermittlungen gegen Journalisten wegen Blasphemie

Am 21.10.14 wurden Ermittlungen gegen Mitarbeiter der Zeitung „The Afghanistan Express“ eingeleitet. Ihnen wird vorgeworfen, einen Leserbrief mit blasphemischem Inhalt veröffentlicht zu haben.

Mullah wegen Vergewaltigung einer Elfjährigen verurteilt

Wegen der Vergewaltigung einer Elfjährigen wurde am 26.10.14 ein muslimischer Geistlicher aus der nordostafghanischen Stadt Kunduz zu 20 Jahren Haft verurteilt. Der Mullah soll seine Schülerin im Mai in einer Moschee in Kunduz vergewaltigt haben.



Pakistan

Sicherheitslage

Am 23.10.14 starben bei mehreren Anschlägen in und um die Stadt Quetta (Balochistan) mindestens 13 Menschen. Anschlagziele waren ein Bus mit Angehörigen der schiitischen Minderheit der Hazaras, der Chef der Partei Jamiat Ulema-e-Islam Fazl (JUI-F) sowie ein Fahrzeug der paramilitärischen Grenztruppen. Bei erneuten Zusammenstößen zwischen Militanten und Sicherheitskräften in der Stammesregion Khyber kamen am 23.10.14 drei Aufständische und drei Mitglieder der Sicherheitskräfte um.

Am 22.10.14 wurde in der Stammesregion Bajaur ein Anschlag auf ein Polio-Impfteam verübt.

„Ehrenmord“

In der Provinz Punjab erschoss eine Gruppe bewaffneter Männer am 21.10.14 ein Ehepaar, das gegen den Willen seiner Familien geheiratet haben soll.

Irak

Erfolge gegen IS

Nach Angaben aus irakischen Sicherheitskreisen soll es Regierungstruppen, Kurden und Schiiten-Milizen am Wochenende gelungen sein, mehrere strategisch wichtige Gebiete von der Extremistenmiliz Islamischer Staat (IS) zurückzuerobern. Darunter sind die nordirakische Kurden-Stadt Sumar sowie mehrere umliegenden Ortschaften. Zudem hätten Soldaten und schiitische Milizen auch Dschurf al-Sachar südlich von Bagdad zurückerobert und im Himreen-Gebirge die IS-Milizen aus mehreren Dörfern vertrieben. In diesem Gebirge verlaufen wichtige Nachschubwege der IS-Milizen.

Erneut Angriffe auf Yeziden

Der Islamische Staat hat vergangene Woche im Sinjar-Gebirge (Provinz Ninive) erneut Yeziden angegriffen. Nach Angaben der kurdischen Nachrichtenseite Rudaw leben noch rund 7.000 Zivilpersonen im Sinjar. Diese sollen mit Hilfe kurdischer Ausbilder eine Art Bürgerwehr gebildet haben. Etwa 300 Kämpfer des IS sollen erneut das Sinjar-Gebirge belagern. Anfang August waren dort rund 80.000 Flüchtlinge, überwiegend Yeziden, eingeschlossen, nachdem der IS die Umgebung unter seine Kontrolle gebracht hatte.

Angriffe auf kurdische Sicherheitskräfte

Am 20.10.14 hat der IS nahezu zeitgleich 15 Angriffe auf kurdische Stellungen durchgeführt, u.a. am Mosul-Damm.

Bombenanschläge in Bagdad

In Bagdad wurden in den mehrheitlich von Schiiten bewohnten Vierteln Sadr City und Karrada am 22.10.14 mindestens 28 Menschen getötet. Die Anschläge werden dem IS zugerechnet.

Sicherheitsministerien besetzt

Seit dem 18.10.14 sind auch das Verteidigungs- und Innenministerium besetzt. Das Verteidigungsministerium wird nunmehr von dem Sunniten Khaled al-Obeidi (Chaled al Obaidi) geführt. Er war unter Saddam Hussein leitender Offizier in der Luftwaffe. Das Innenministerium wird künftig von dem Schiiten Salem al-Ghabban geführt. Er gehört der Rechtsstaats-Allianz des Ministerpräsidenten Haidar al-Abadi und dessen Vorgänger, Nouri al-Maliki, an. Der frühere Außenminister Hoshyar Zebari wurde als Finanzminister vereidigt.

Iran

Massenproteste gegen Säureattacken auf Frauen

In Isfahan ist es am 22.10.14 zu Massenprotesten gegen eine Serie von Säureattentaten auf Frauen gekommen. Die Angaben zur Zahl der Demonstranten, die sich spontan über soziale Netzwerke zusammenfanden, schwanken zwischen 1.000 und 2.000. Die Zahl der bei Säureattentaten verletzten Frauen ist nicht genau

bekannt. Inoffizielle Quellen sprechen von 30 Opfern. Eine Studentin berichtete, dass die Täter sich ihrem Auto auf Motorrädern näherten und ihr Säure ins Gesicht schütteten. Berichten zufolge wurden sie angegriffen, weil sie unzureichend verschleiert gewesen seien. Der Polizeichef von Isfahan gab an, es hätten sich in den vergangenen Monaten acht solcher Fälle ereignet. Vier mutmaßliche Täter seien verhaftet worden. Frauen sind seit der Islamischen Revolution 1979 verpflichtet, lange, lockere Kleidung und ein Kopftuch zu tragen, das Haar und Nacken bedeckt. Besonders in den großen Städten tragen viele Frauen jedoch nur noch ein lose um den Kopf geschlungenes Tuch und einen engen Mantel.

Reyhaneh Jabbari trotz nationaler und internationaler Proteste gehängt

Ungeachtet nationaler und internationaler Appelle wurde am 25.10.14 die 26-jährige Innenarchitektin Reyhaneh Jabbari hingerichtet. Sie hatte zuvor bereits fünf Jahre in der Todeszelle verbracht. Die 26-jährige Frau war wegen Mordes an dem Geheimdienstmitarbeiter Mortesa Abdolali Sarbandi verurteilt worden. Er soll sie als Innenarchitektin engagiert haben und sie in seiner Wohnung sexuell belästigt haben, woraufhin sie ihn in Notwehr erstochen habe. Nach Berichten der UN und internationaler Menschenrechtsgruppen erfolgte Reyhaneh Jabbaris Geständnis unter massivem Druck der Staatsanwaltschaft.

IS soll bekämpft werden

Iran wird im Kampf gegen die Terrormiliz IS bis zu ihrem Ende dabei sein, so Revolutionsführer Ayatollah Seyyed Ali Chamenei und Präsident Hassan Rohani bei einem Treffen mit dem irakischen Ministerpräsidenten Haidar al-Abadi am 21.10.14 in Teheran. Wegen seiner Grenzen zum Irak und der Feindschaft des IS gegenüber den Schiiten – sie stellen auch in Irak die Mehrheit – sei die Bekämpfung der Terrormiliz ein strategisches Ziel. Iran soll eines der ersten Länder gewesen sein, das die Kurden in Nordirak im Kampf gegen den IS mit Waffen beliefert hat.

Jemen

Tote nach Anschlägen und Kämpfen

Bei erneuten Anschlägen und Kämpfen sind laut Stammesvertretern in der Nacht zum 20.10.14 mindestens 20 schiitische al-Houthi-Rebellen getötet worden. Sunnitische Kämpfer der al-Qaida-nahen Gruppe „Ansar al-Sharia“ („Anhänger des islamischen Rechts“) hätten einen mit Sprengstoff beladenen Wagen vor einem Gebäude in Rada in der zentralen Provinz Baida gesprengt. Bei dem Anschlag und weiteren Gefechten seien zwölf Rebellen gefangen genommen worden. Über Opfer auf Seiten der Ansar-al-Sharia-Extremisten wurde bislang nichts bekannt. Den sunnitischen Milizen gelang es den Stammesvertretern zufolge, eine Nachschublinie der al-Houthi-Rebellen abzuschneiden. Diese waren in den vergangenen Tagen in die sunnitisch dominierte Region vorgedrungen.

AQAP erweitert Kontrolle

Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) baut ihre Kontrolle im Süden aus. Laut dpa haben ihre Kämpfer am 22.10.14 mehrere Kontrollpunkte in der Provinz Ibb (südlich von Sanaa) errichtet. Auch die schiitischen al-Houthi-Rebellen hatten vor ca. einer Woche von dem von ihnen kontrollierten Sanaa aus einen Vorstoß in Richtung Süden begonnen und mehrere Städte unter ihre Kontrolle gebracht. Lokale sunnitische Stämme und AQAP-Kämpfer hatten sich ihnen entgegengestellt. Einem Bericht der jemenitischen Nachrichtenseite Al-Masdar Online zu Folge nahm die AQAP am 21.10.14 die Stadt Mudajjira im Zentrum der Provinz Ibb ein. Jemens Armee kann dem anscheinend nichts entgegensetzen.

US-Luftwaffenunterstützung der Houthis gegen die AQAP

Nach Berichten der jemenitischen Nachrichtenseite „Al-Masdar Online“ vom 26.10.14 sollen al-Houthi-Rebellen in der südjemenitischen Provinz al-Bayda eine AQAP-Hochburg mit massiver Unterstützung durch die US-Luftwaffe eingenommen haben. Bei dieser Hochburg handelt es sich um die seit Tagen umkämpfte Region Qifa nordwestlich der Stadt Radaa.

Libanon

Tausende wegen Kampfhandlungen im Norden geflüchtet

Wegen der am Abend des 24.10.14 in Tripoli begonnenen Kämpfe zwischen Soldaten und bewaffneten Islamisten, denen Verbindungen zur al-Nusra-Front nachgesagt werden, flüchteten am 26.10.14 Tausende, nachdem die Armee einer Feuerpause zugestimmt hatte.

In Tripoli gibt es seit Beginn des Bürgerkrieges in Syrien immer wieder Gefechte zwischen sunnitischen Extremisten und Alawiten, die dem syrischen Präsidenten Bashar al-Assad nahe stehen. Außerdem kämpfen die sunnitischen Extremisten gegen die libanesisch Armee, der sie Verbindungen zur schiitischen Hizbollah nachsagen. Die al-Nusra-Front, der syrische Zweig der al-Qaida, bekräftigte am 26.10.14 ihre Drohung, einen libanesischen Soldaten hinzurichten, der bei Kämpfen in der ostlibanesischen Stadt Aarsal, nahe der syrischen Grenze, gefangen genommenen worden war.

Westjordanland/Israel

Mitfahrverbot

Palästinenser aus dem Westjordanland, die in Israel arbeiten, werden laut einem Zeitungsbericht der „Haaretz“ aufgrund einer von Verteidigungsminister Moshe Yaalon angekündigten Maßnahme ab November 2014 bei ihrer Rückfahrt nicht mehr Busse der israelischen Siedler nutzen dürfen. Hunderte Palästinenser aus dem israelisch besetzten Westjordanland fahren Tag für Tag in öffentlichen israelischen Bussen zum Arbeiten nach Israel und kehren abends zurück.

Saudi-Arabien

Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten nehmen zu

Nach dem Todesurteil gegen den prominenten schiitischen Geistlichen Nimr Bakir al-Nimr in der vergangenen Woche flammt neue Gewalt in Saudi-Arabien auf. Ob Iran hinter den Unruhen steht oder eher die Diskriminierung der saudischen Schiiten, ist umstritten. In Irak rief eine schiitische Miliz am Wochenende zu Angriffen auf saudische Einrichtungen auf. Dessen Behörden müssten mit ernstern Folgen rechnen, sollten sie das Todesurteil nicht zurückziehen. Auch aus Iran waren Drohungen wegen der möglichen Hinrichtung zu hören. Die saudischen Behörden werfen Scheich al-Nimr vor, er habe zu Gewalt zwischen den Konfessionen aufgerufen und Proteste organisiert. Außerdem sei er des Ungehorsams gegenüber dem König schuldig. Amnesty International kritisierte das Urteil scharf.

Die Schiiten stellen etwa 10 bis 15% der Bevölkerung. Sie werden auf unterschiedliche Weise diskriminiert, z.B. gibt es Einschränkungen bei einer Reihe von Berufen und in der Schule orientiert sich der Lehrplan am wahhabitischen Islam.

Türkei/Syrien

Unterstützung für Kämpfer in Kobane

Am 23.10.14 erklärte der türkische Präsident Erdogan, dass die Türkei etwa 150 bis 200 kurdischen Kämpfern aus dem Nordirak die Durchreise in die umkämpfte nordsyrische Stadt Kobane zur Unterstützung der syrischen Kurden erlaubt. Einen Korridor für syrisch-kurdische Truppen lehnt die Türkei weiterhin ab. Am 22.10.14 hatte das Parlament der nordirakischen Autonomieregion Kurdistan beschlossen, Kämpfer mit schweren Waffen nach Kobane zu schicken. Der direkte Weg vom Irak über syrisches Staatsgebiet in die belagerte Stadt ist versperrt, da er von dem IS kontrolliert wird. Kurz vor dem erwarteten Eintreffen der Peschmerga-Kämpfer startete der IS eine Großoffensive in Kobane und versuchte, die Stadt von ihrem Zugang zur türkischen Grenze abzuschneiden. Den kurdischen Kämpfern gelang es, die Offensive abzuwehren. Am 24.10.14 erklärte Erdogan, die syrisch-kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD) habe der Entsendung von 1.300 Kämpfern der gemäßigten Rebellengruppe Freie Syrische Armee (FSA) nach Kobane zugestimmt und nun würden Gespräche über die Transitroute geführt. Der Vorsitzende der PYD dementierte kurz darauf, dass eine Einigung erzielt worden sei.

Korruptionsverfahren

Die Korruptionsermittlungen, die im Dezember 2013 in der Türkei zu vier Ministerrücktritten geführt und weltweite Aufmerksamkeit erregt hatten, wurden eingestellt. In einer landesweiten Aktion waren Dutzende Verdächtige festgenommen worden, darunter zwei Söhne von Ministern aus Erdogans Kabinett, ein iranischer Geschäftsmann mit engen Verbindungen zur Regierung und der Vorstandschef der größten staatlichen Bank. Es ging um Geldwäsche, Schmiergelder bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sowie illegale Geldtransfers und Goldschmuggel, mit denen angeblich die Iran-Sanktionen unterlaufen worden sein sollen. In der Folge wurden Hunderte Polizisten sowie mehrere Staatsanwälte, die mit den Ermittlungen befasst waren, strafversetzt. Am 17.10.14 entschied die Staatsanwaltschaft, sämtliche Verfahren gegen 53 Personen einzustellen, denen zur Last gelegt wurde, in Korruptions- und Bestechungsfälle verwickelt zu sein. Der Oberstaatsanwalt in Istanbul erklärte, die Beweismittel hätten entweder nicht ausgereicht oder seien auf Grund unzulässiger Gewinnung nicht verwertbar gewesen. Zudem wären keine ausreichenden Anhaltspunkte für eine Straftat gegeben und auch keine Spuren eines organisierten Verbrechens.

Nur das Verfahren in Sachen des früheren Chefs der staatlichen Halkbank, Süleyman Arslan, ist nicht beendet. In seiner Wohnung waren in mehreren Schuhkartons mehrere Millionen Dollar gefunden worden, die er nach eigener Aussage „für wohltätige Zwecke gesammelt“ habe. Die Staatsanwaltschaft ermittelt zwar weiter gegen ihn, jedoch nur noch wegen des nicht genehmigten Sammelns von Spenden.

Ägypten

Angriff auf ägyptischen Militärposten auf der Sinai-Halbinsel

Bei einem mutmaßlichen Selbstmordanschlag auf einen Armeekontrollpunkt auf dem Sinai sind am 24.10.14 33 Soldaten getötet worden. Daraufhin kündigte Präsident al-Sisi am 26.10.14 harte Maßnahmen gegen radikale Islamisten an, darunter eine militärische Pufferzone an der Grenze zum Gazastreifen, die Umsiedlung von Einwohnern des Grenzgebietes und die Ausweitung des dreimonatigen Ausnahmezustandes über die nördlichen Gebiete des Sinai.

Tunesien

Friedlicher Verlauf der Parlamentswahl

Wegen der prekären Sicherheitslage schützten mehr als 70.000 Sicherheitskräfte die Parlamentswahl am 26.10.14. Sie verlief trotz einiger Unregelmäßigkeiten ruhig. Das Ergebnis wird im Verlauf des 27.10.14 erwartet.

Westafrika/Ebola

Lagefortschreibung

Nach dem ersten Ebola-Fall in New York, der einen aus Guinea zurückgekehrten Arzt betrifft, haben zwei US-Bundesstaaten am 24.10.14 ihre Sicherheitsbestimmungen erneut verschärft. Nunmehr müssen Ärzte und Krankenschwestern, die aus den Ebola-Gebieten zurückkehren, in New York und New Jersey stets in Quarantäne. Bereits am 21.10.14 hatte das US-Heimatschutzministerium die Einreise aus Ebola-Ländern auf fünf Flughäfen begrenzt. Am 23.10.14 erfolgte die zweite Verschärfung der Einreisebedingungen, die eine 21-tägige (= maximale Inkubationszeit von Ebola) Überwachung für alle aus Liberia, Guinea und Sierra Leone einreisenden Personen vorsieht. Zweimal am Tag soll deren Temperatur gemessen und einem Vertreter der Gesundheitsbehörde CDC gemeldet werden. Nach heftigen Debatten über die Zwangsquarantäne für heimkehrende Ebola-Ärzte und andere Helfer hat der US-Bundesstaat New York seine Bestimmungen am 26.10.14 wieder gelockert. Wer aus Westafrika zurückkehre und dort Kontakt mit Ebola-Kranken gehabt habe, jedoch keine Symptome zeige, dürfe die Quarantäne zu Hause statt im Krankenhaus ableisten.

In Mali wurde ein erster Ebola-Fall am 23.10.14 bestätigt. Ein zweijähriges Mädchen hatte sich in Guinea infiziert, teilte das Gesundheitsministerium Malis mit.

In Sierra Leone wurde am 22.10.14 von Unruhen berichtet. In der östlichen Stadt Koidu hatten bewaffnete Jugendliche Polizisten angegriffen, die Blutproben für Ebola-Hilfsteams erzwingen wollten. Ähnliche Fälle wurden aus weiteren Regionen des Landes bekannt.

Côte d'Ivoire

Prozess gegen Simone Gbagbo

Am 22.10.14 begann vor einem Gericht in Abidjan der Prozess gegen Simone Gbagbo und den ehemaligen Ministerpräsidenten Akè N'Gbo. Die Anklage lautet auf Genozid, Gefährdung der staatlichen Sicherheit und Anstiftung zur Unruhe und Rebellion im Zusammenhang mit der Wahlniederlage von Laurent Gbagbo bei der umstrittenen Präsidentschaftswahl im November 2010. Wegen dieser Vorwürfe besteht gegen Simone Gbagbo auch ein Haftbefehl des IStGH in Den Haag, der aber von den ivorischen Behörden nicht vollzogen wurde, da der Prozess vor einem nationalen Gerichten erfolgen soll. Demgegenüber muss sich Laurent Gbagbo derzeit vor dem IStGH verantworten. Im Zuge des Machtkampfes mit seinem Rivalen und heutigem Nachfolger Alassane Ouattara wurden bis Mai 2011 mehr als 3.000 Menschen getötet. Der Ex-Präsident ist seit November 2011 in Den Haag inhaftiert.

Uganda

Zwei wegen Homosexualität Angeklagte frei

Ein Gericht in Kampala stellte am 22.10.14 ein Verfahren gegen zwei wegen homosexueller Beziehungen Angeklagte mangels Beweisen ein. Die Männer waren im Januar festgenommen worden, weil sie zusammen lebten. Sie waren aufgrund von Bestimmungen aus der Kolonialzeit wegen „unnatürlicher Beziehungen“ angeklagt worden. Im August hatte das ugandische Verfassungsgericht ein erst im Februar in Kraft getretenes und wegen strenger Bestimmungen international scharf kritisiertes Gesetz gegen Homosexualität aufgehoben.

Botsuana

Parlaments- und indirekte Präsidentenwahlen

In den Parlamentswahlen vom 24.10.14 siegte die Regierungspartei Botswana Democratic Party (BDP) des amtierenden Präsidenten und Regierungschefs Generalleutnant Seretse Khama Ian Khama. Sie erzielte 37 der 57 Mandate. Auf das Oppositionsbündnis Umbrella for Democratic Change (UDC) entfielen 17 und auf die Botswana Congress Party (BCP) drei Sitze. Die Wahlen verliefen ruhig. Das neu gewählte Parlament bestätigte Ian Khama am 26.10.14 in seinen Ämtern. Voraussichtlich am 28.10.14 wird er vereidigt.

Die BDP regiert Botsuana, das als stabile Demokratie gilt, seit dessen Unabhängigkeit 1966. Im Index der Regierungsführung afrikanischer Staaten der Mo-Ibrahim-Stiftung liegt Botsuana auf dem dritten Rang. Es zählt zu den Ländern mit gehobenem mittleren Einkommensstatus. Trotzdem leben etwa 20 % der 2,05 Millionen Einwohner des weltgrößten Produzenten von Diamanten in Armut. Zu den Problemen zählen außerdem die Abhängigkeit vom Bergbau, Korruption und eine HIV-Infektionsrate von mehr als 30 % unter den 15- bis 49-Jährigen. Die etwa 50.000 San (Basarwa, „Buschleute“) sehen sich diskriminiert. Kritiker werfen Ian Khama einen autokratischen Regierungsstil vor.

Nigeria

Ebola-frei

Am 20.10.14 erklärte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Nigeria offiziell für Ebola-frei, nachdem 42 Tage (doppelte Inkubationszeit) seit dem letzten möglichen bzw. bestätigten Fall einer Ebola-Infektion kein neuer Fall mehr aufgetreten war.

Boko Haram entführt Vielzahl von Frauen und Mädchen

Trotz eines am 17.10.14 von der Militärführung verkündeten Waffenstillstandes mit der Terrororganisation Boko Haram wurden im Bundesstaat Borno am 23. und 24.10.14 bei einer Attacke mutmaßlicher Boko-Haram-Kämpfer auf das Dorf Ndongo (Mafa Local Government Area, LGA) mindestens 30 junge Männer und Frauen entführt sowie 17 Personen getötet. Auch im Bundesstaat Adamawa waren am 18.10.14 bei mutmaßlichen Angriffen der Boko Haram auf die Dörfer Waga Mangoro und Garta (Madagali LGA) zwischen 50 und 60 Mädchen entführt sowie mehrere Personen getötet und Häuser niedergebrannt worden. Etl-

che entführte Frauen sollen kurze Zeit später wieder freigelassen worden sein. Laut Angaben der nigerianischen Regierung finden gegenwärtig in der tschadischen Hauptstadt Ndjamena Verhandlungen mit Boko Haram zur Freilassung der über 200 Schulmädchen statt, die im April 2014 in der nordostnigerianischen Stadt Chibok von den Terroristen entführt worden waren. Seit 2009 hat Boko Haram laut einem von Human Rights Watch am 27.10.14 veröffentlichten Bericht mindestens 500 Frauen und Mädchen in Nordnigeria entführt und sie zahlreichen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt.

Bombenanschlag im Bundesstaat Bauchi

Laut Polizeiangaben tötete am 22.10.14 gegen 22 Uhr auf dem Busbahnhof der Stadt Azare (nördlicher Bundesstaat Bauchi) eine Bombe fünf Menschen und verletzte zwölf. Zum Anschlag bekannte sich bisher niemand. In der Vergangenheit hatte Boko Haram mehrere Bombenanschläge auf Busbahnhöfe verübt.

DR Kongo

Proteste gegen MONUSCO/Überfälle der ADF im Kongo

Eine große Zahl Jugendlicher griff am 21./22.10.14 in der Stadt Beni (ostkongolesische Provinz Nord-Kivu) Stützpunkte der UN-Friedensmission MONUSCO an und forderte den Abzug der Blauhelme. Die Demonstranten reagierten damit auf den Tod zweier Jugendlicher, die zusammen mit anderen am 20.10.14 eine gemeinsame Patrouille von Blauhelmen mit kongolesischen Soldaten angegriffen hatten und in der Auseinandersetzung erschossen worden waren. Die Vorfälle ereigneten sich vor dem Hintergrund tödlicher Angriffe mutmaßlicher Kämpfer der ugandischen islamistischen Rebellengruppe ADF (Allied Democratic Forces) auf Dörfer in der Umgebung der Stadt Beni. So waren in der Nacht zum 17.10.14 in dem Dorf Erengeti (nördlich von Beni) etwa zwei Dutzend Menschen sowie am 15.10.14 mehr als zwei Dutzend Personen in den Dörfern Ngadi und Kadu teils mit Äxten und Macheten getötet worden.

Kamerun

Erfolge im Kampf gegen Boko Haram

Laut Angaben des kamerunischen Verteidigungsministeriums vom 17.10.14 kam es zu Gefechten zwischen dem Militär und der Terrororganisation Boko Haram, nachdem deren Angehörige am 15./16.10.14 die Grenze zwischen Nigeria und Kamerun im Gebiet zwischen den kamerunischen Städten Limani und Amchide (Region Extrême-Nord) überschritten hatten. Hierbei sollen 107 Boko-Haram-Kämpfer sowie acht kamerunische Soldaten getötet worden sein.

Serbien/Albanien/Kosovo

Spannungen zwischen Serben und Albanern

Seit dem Qualifikationsspiel zur Fußball-Europameisterschaft zwischen Serbien und Albanien kommt es zu Spannungen zwischen den Volksgruppen. Das Spiel am 14.10.14 in Belgrad wurde wegen Ausschreitungen abgebrochen, nachdem eine Drohne mit großalbanischer Flagge über das Spielfeld geflogen war. In mehreren Städten Nordserbiens kam es zu Zerstörungen albanischer Bäckereien und Imbisse. Die serbische Sonderpolizei musste Lokale in Novi Sad schützen. Auch eine Moschee wurde zur Zielscheibe serbischer Nationalisten.

Der Vorfall sorgte auch für Unruhe in Kosovo und führte zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Serben und Albanern in Wien. Der für den 22.10.14 geplante erste Besuch eines albanischen Staatspräsidenten seit 68 Jahren in Serbien wurde auf November verschoben.

Hintergrund

Auslöser der Spannungen war die per Drohne manövrierte Flagge eines „Großalbaniens“. Dieses von Teilen ethnischer Albaner propagierte „Großalbanien“ umfasst neben Albanien und Kosovo auch das südserbische Presevoval, den Westen Mazedoniens sowie Teile Montenegros und Nordgriechenlands. Der Konflikt zwischen Serben und Albanern geht zurück bis zur Unabhängigkeitserklärung Albanien nach dem ersten Balkankrieg im Jahr 1912 und spitzte sich mit der Vertreibung der kosovo-albanischen Bevölkerung Ende der

90er Jahre und der Unabhängigkeit Kosovos 2008 zu. Inzwischen findet zwar auf politischer Ebene ein Normalisierungsprozess zwischen Serbien, Kosovo und Albanien statt, dennoch sind bei viele Menschen Ressentiments gegenüber der anderen Volksgruppe geblieben.

Ukraine

Parlamentswahlen – Klarer Sieg für die proeuropäischen Kräfte

Die proeuropäischen Parteien von Präsident Poroschenko und Premier Jazenjuk liegen nach Auswertung von rund 30 % der Stimmzettel am Morgen des 27.10.14 nahezu gleichauf. Drittstärkste Kraft wurde mit rund 14 % der Stimmen die ebenfalls proeuropäische Partei „Samopomisch“ von Andrij Sadowij, des Bürgermeisters von Lwiw. Seine Partei gilt als liberal und gemäßigt. Die Kommunisten kamen erstmals nicht ins Parlament. Damit haben sich die Kräfteverhältnisse im Regierungslager im Vergleich zu den letzten Umfragen wesentlich verschoben. Meinungsforscher hatten Jazenjuks „Volksfront“ lange Zeit nur ein einseitiges Wahlergebnis zugetraut, dem „Block Poroschenko“ dagegen mehr als 30 %. Präsident Poroschenko wertete den Wahlausgang als machtvolle Demonstration für eine Anbindung an die EU. Er kündigte rasche Koalitionsverhandlungen an.

Belastbarere Ergebnisse werden erst im Laufe des 27.10.14 erwartet. Im Parlament sollen 27 der 450 Sitze unbesetzt bleiben, weil die Wahlkreise in den östlichen Rebellengebieten und auf der von Russland annektierten Halbinsel Krim liegen. Die Bewohner dieser Gebiete hatten keine Möglichkeit zur Wahl am 26.10.14.

Sri Lanka

Vorgezogene Präsidentschaftswahlen

Die ursprünglich für November 2016 geplante Präsidentschaftswahl soll laut offizieller Angaben auf den Januar 2015 vorgezogen werden. Das genaue Datum stünde zwar schon fest, werde aber erst später bekanntgegeben, sagte ein Regierungsvertreter am 20.10.14.

Hintergrund des neuen Termins ist sri-lankischen Medien zufolge ein Popularitätsverlust der regierenden United People's Freedom Alliance. Die Partei des amtierenden Präsidenten Mahinda Rajapaksa büßte bei Regionalwahlen in der Provinz Uva im September mehr als 20 Prozentpunkte ein, während die oppositionelle United National Party ihren Anteil mehr als verdoppelte. Rajapaksa wurde zuletzt im Januar 2010 mit 57,8 % der Stimmen wiedergewählt. Eine ursprüngliche Beschränkung auf zwei Amtszeiten wurde durch einen Verfassungszusatz aufgehoben.

China

Justizreform beschlossen

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei beschloss anlässlich seiner Jahrestagung vom 20. bis zum 23.10.14 zum Thema Rechtsstaatlichkeit eine Justizreform. Mit dem Abschlussdokument wurde zunächst nur eine Zusammenfassung der Beschlüsse bekannt, welche Erwartungen einer umfassenden Reform enttäuschten. Demnach wird der Führungsanspruch der Partei im Rechtswesen aufrechterhalten. Gleichzeitig soll u.a. die Einflussnahme von Funktionären auf die Justiz verhindert werden. Ziel sei ein Rechtssystem des „besonderen chinesischen Sozialismus“.

Weniger Hinrichtungen

Die Dui-Hua-Stiftung meldete am 20.10.14 für das Jahr 2013 einen Rückgang der Hinrichtungen gegenüber dem Vorjahr von 3.000 auf etwa 2.400. Seit 2002 (12.000 Hinrichtungen) sei die Zahl stetig gesunken. Für 2014 erwartet die Stiftung angesichts des Vorgehens gegen die Gewalt in Xinjiang sowie gegen Korruption keine weitere Senkung. Die Zahlen sind Schätzungen; die genaue Zahl der Hinrichtungen ist ein Staatsgeheimnis.

Proteste in Hongkong

Im Fernsehen live übertragene Gespräche zwischen Demonstranten und Regierungsvertretern am 21.10.14 verliefen ergebnislos. Nach Rangeleien zwischen Demonstranten und der Polizei im Geschäftsviertel Mong

Kok auf der Halbinsel Kowloon wurden elf Personen festgenommen. Ihnen wird laut einer offiziellen Mitteilung vom 23.10.14 u.a. Körperverletzung und Waffenbesitz vorgeworfen. Zuvor hatten Vereinigungen des Beförderungsgewerbes eine einstweilige Verfügung des High Court erwirkt, wonach die Blockade der Verkehrswege in Mong Kok beendet werden müsse. Die Mehrzahl der Demonstranten hält sich weiterhin in den Protestlagern in Admiralty und Causeway Bay auf der Insel Hongkong auf. Ein erst am 24.10.14 für den 26. und 27.10.14 geplantes Referendum über eine Fortführung der Proteste sagten die Demonstrierenden kurzfristig ab.